

Bericht und Abänderungsantrag

des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer EntschlieÙung (Beilage 2022) betreffend Stromnetz-Ausbau im Burgenland (Zahl 22 - 1485) (Beilage 2275).

Der Rechtsausschuss und der Umweltausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Stromnetz-Ausbau im Burgenland, in ihrer 26. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 29.11.2023, beraten.

Landtagsabgeordneter Wolfgang Sodl wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach seinem Bericht stellte Landtagsabgeordneter Wolfgang Sodl einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der vom Landtagsabgeordneten Wolfgang Sodl gestellte Abänderungsantrag mit den Stimmen der SPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Umweltausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Stromnetz-Ausbau im Burgenland, unter Einbezug der vom Landtagsabgeordneten Wolfgang Sodl beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Eisenstadt, am 29. November 2023

Der Berichterstatter:
Wolfgang Sodl eh.

Der Obmann des Rechtsausschusses
als Vorsitzender der gemeinsamen Sitzung:
Mag. Christian Dax eh.

*Herrn
Präsident des Burgenländischen Landtages
Robert Hergovich
Landhaus
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt, am 29.11.2023

Abänderungsantrag

der Landtagsabgeordneten Dr. Roland Fürst, Wolfgang Södl, Kolleginnen und Kollegen zum selbständigen Antrag, 22 – 1485, welcher abgeändert wird wie folgt:

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

des Burgenländischen Landtages vom betreffend Ausbau des überregionalen Übertragungsnetzes

Die Gewinnung von Energie gänzlich aus erneuerbaren Energieträgern ist das Herzstück einer zukunftsorientierten Energiepolitik. Die aktuellen politischen Entwicklungen in Europa zeigen einmal mehr, dass eine Diversifizierung des Energieträgermix überfällig ist.

Das Ziel der österreichischen Bundesregierung, 100 Prozent der heimischen elektrischen Energie bis zum Jahr 2030 erneuerbar zu produzieren, wurde im Burgenland bereits 2013 erreicht. Gemäß Ökostrombericht Burgenland wurde im Jahr 2022 deutlich mehr erneuerbarer Strom erzeugt (mehr als 60 Prozent) als der gesamte Eigenbedarf an Strom betrug. Um auch in Zukunft den erwartbaren erhöhten Strombedarf aufgrund der Substitution der fossilen Energieträger decken zu können und einen wesentlichen Beitrag zur Energieunabhängigkeit Österreichs und Europas zu leisten, wird das Burgenland den Ausbau erneuerbarer Erzeugungsanlagen weiter forcieren.

Die Umsetzung der Klimastrategie Burgenland 2030 führt zu einem der größten Investitionsvorhaben der Netz Burgenland in ihrer Geschichte, konkret sollen mehr als 750 Millionen Euro bis zum Jahr 2030 in den Netzausbau investiert werden.

Jede neue Anlage, ganz gleich ob eine kleine Privatanlage oder große Windparks, erhöht das Volumen an erneuerbarer elektrischer Energie, das abtransportiert werden muss. Die Energiewende ist im großen Stil nur umsetzbar, wenn neben den erneuerbaren Erzeugungsanlagen auch die Übertragungsnetze für den Abtransport der erneuerbaren elektrischen Energie ausreichend dimensioniert sind. Auf regionaler Ebene wird daher intensiv am koordinierten Ausbau des Netzes korrespondierend zum steigenden Bedarf gearbeitet, allen voran eine wichtige 110 kV-Leitung im Mittel- bzw. Südburgenland.

Die Verlässlichkeit des regionalen Netzversorgers zeigt sich einerseits an der Verfügbarkeit des Stromnetzes von 99,99% (nur 16 Minuten Netzstörung jährlich bei Netz Burgenland-Kunden) als auch andererseits an der Netzzugangsquote von über 99% der beantragten rund 17.000 Anlagen (kleiner 20 kWp) im Zeitraum 2022 bis September 2023.

Letztendlich münden diese regionalen Netze im überregionalen Übertragungsnetz, von wo aus der burgenländische grüne Strom in andere Bundesländer und das benachbarte Ausland übertragen wird. Neben den überregionalen Übertragungsnetzen an sich müssen aber auch die Übergabestationen, an denen die Mittelspannung auf die Höchstspannung umgewandelt wird, deutlich ausgebaut werden.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- die Umsetzung der Klimastrategie Burgenland 2030 konsequent weiterzuerfolgen.
- an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge
 - den Ausbau des überregionalen Übertragungsnetzes forcieren sowie
 - Verfahrensbeschleunigungen bei der Realisierung von Ausbauprojekten des Übertragungsnetzes umsetzen.